

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Deter, Döttingen-Zürich
Rothstrasse 11.
Hollstellungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Abonnements
werden nur beim Verlag und
beim bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontobank)
Fr. 3.— für Teutland (Geldbrief)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontobank)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kontobank).

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Inserate
Die vorerwähnten Preissätze
25 Ggr. — 20 Pfg.

N. 46.

Donnerstag, 10. November.

1881.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich vertrieben ist, bezug, verlagst mich, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äusserste Vorsicht im Postversende nachdrücklich und best. keine Nachlässigkeit zu beobachten, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu sichern. Haupterfordernis ist hierzu einverleibt, daß unsere Freunde so leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzurufen, sondern sich möglichst an irgend eine andere tätige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch aus möglichst unerschöpflichen Postanstalten Briefe mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich deshalb größter Sicherheit Kommando. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Hurrah! Das Komplott unserer Feinde, die Sozialdemokratie mundtot zu machen, ist vom Volke zerstückt worden. Unsere glänzende Manifestation bei der Hauptwahl hat auf die Genossen überallhin begeisternd eingewirkt: nach den bis jetzt eingelaufenen Nachrichten haben wir bereits in sieben von neun Stichwahlen gesiegt, und zwar in Breslau I. und II., Greiz, Hanau, Mainz, Nürnberg und Solingen.

In Offenbach scheint der Sieg gleichfalls gesichert. Parteigenossen! Vergeht unsere im Reiche kämpfenden Genossen nicht! Stichwahlen und Nachwahlen kosten Geld! Es lebe die Sozialdemokratie!

Ein Fälscher.

Herr Scheel, weiland Professor in Bern, gehört mit zu jener Clique von Kathedersozialisten, welche heute den servilen Trost des „Anwaltes der Enterbten“ bilden, und die sich nicht schämen, mit ihrem geistigen Kaffee, so weit es eben reicht, die konfuse Ideen des unwissenden Junkers Bismarck auszustaffieren. Dieser Herr von Scheel, der würdige Genosse der Adolf Wagner und Konforten, der bestimmt ist, den gegenwärtigen Direktor des königl. preussischen statistischen Bureaus, den nichts weniger als radikalen aber wahrheitsliebenden und infolgedessen höchst unbedeuten Geheimen Rath Engel aus seiner Stellung herauszubeißen, derselbe Hans von Scheel sucht im jüngsten Heft der Monatschrift „Unsere Zeit“ (1881, 11. Heft) wiederholt darzutun, daß er ein viel brauchbareres Werkzeug sein werde, denn der ungeschickte Engel.

Mit dem Instincte der schweibedelnden Bierfäher, die seit jeder als Typus der Kriegererei und Unwissenheit in der Herr Scheel in einem Artikel, der auf eine Verherrlichung der Bismarck'schen Sozialreform hinausläuft, noch als Ertragsgabe die schwache oder wenn man will, stark Seite des Preussenthums, das Militärsystem, zu beschönigen, um seine Gewandtheit im Vertuschen ins schönste Licht zu stellen.

Da aber gerade in dieser Beziehung das Volk ein Recht hat, die volle Wahrheit zu hören, da gerade für das Heer in Preußen die Arbeit des Volkes in ungehörigster Weise in Anspruch genommen wird, da die ganze Sozialreform ja nur den Zweck hat, Geld für den Militarismus zu beschaffen, so halten wir es für doppelt geboten, jedem Versuch, die Mißstände im Heer der Kenntnis des Volkes zu entziehen, energig entgegenzutreten und die Subjekten, die wir bei solchen Versuchen ertappen, gehörig auf die unsauberen Pfoten — pardon! Finger zu klopfen.

Die Selbstmorde im Militär, dieses schreiende Zeugniß für die schwache Behandlung, der unsere Brüder in der Kaserne ausgeübt sind, sind den Lobhudlern des preussischen Drillsystems von jeher unbedeuten gewesen; da sie die Thatsachen aber nicht aus der Welt schaffen können — es sind verdammt halbsittliche Dinger, die Thatsachen — so gilt es, sie zu bemänteln.

Auf Seite 675 der erwähnten Zeitschrift sagt daher Herr Scheel: „Uebrigens scheint, um dies hier beiläufig zu bemerken, die militärische Selbstmordfrequenz doch nicht gar so enorm, wie das nach Zeitungsberichten und dergleichen angenommen werden müßte.“ Und als Beweis für diese so harmlos — im Vorbeigehen — hingeworfene Behauptung, führt er folgende Ziffern an:

Auf eine Million Personen kommen in Preußen Selbstmörder bei			
	Im Jahre		
	1874	1875	1876
den 20-jährigen Männern überhaupt	238	236	263
dem Militär	429	396	468

So Herr Scheel. Selbst so wie die Ziffern hier stehen, sind sie geradezu furchtbar — eine Selbstmordfrequenz von durchschnittlich 440 beim Militär gegen 273 im Allgemeinen, wäre, denken wir, denn doch enorm genug!

Diese Ziffern erscheinen aber erst in ihrer wahren Bedeutung, wenn man eine Aufstellung in Betracht zieht, welche Herr von Scheel an einer anderen Stelle anführt. Das sind die Ziffern der Ursachen der Selbstmorde.

Von 3,729 Selbstmorden von Männern (Militär wie Zivilpersonen), die in Preußen im Jahre 1879 begangen wurden, waren die Motive:	
Körperliche Leiden	245
Geisteskrankheiten	731
Nahrungsvorgen	511
Häuslicher Mangel, unglückliche Familienverhältnisse	163
Trunksucht, lächerliches Leben	462
Trauer um verlorene Angehörige	15
Berufsorgen, verlegte Ehre	54
Eifersucht, unglückliche Liebe	77
Bestige Gemüthsaberrungen, Reue, Scham, Furcht vor Strafe	251
Lebensüberdruß und unerfüllte Hoffnungen	445
Anderweite und unbekannt Motive	775
Zusammen	3729

Lassen wir die beiden letzten Rubriken weg, welche zu unbestimmt sind, um Anhaltspunkte geben zu können, welche aber (schwerlich auf Militärpersonen stärker einwirken, als auf Zivilpersonen, so erhalten wir eine Gesamtsumme von 2509 Selbstmorden. Untersuchen wir nun die andern Motive. Die Ursache körperlicher Leiden beim Militär fast vollständig weg, ebenso die der Geisteskrankheiten. Man nimmt nur die gesundesten und tüchtigsten Leute zur Armee, während diejenigen, welche den Strapazen unterliegen und sich infolge dessen unheilvolle chronische Leiden zuziehen — und nur solche sind gemeint — bei Zeiten entlassen werden. Nahrungsvorgen plagen den Soldaten auch nicht, er hat zum Mindesten ein „gesichertes“, wenn auch ein ärmliches Einkommen. Trunksucht und lächerliches Leben in dem Maße, daß sie zum Selbstmord führen, sind bei der strengen Disziplin, namentlich der preussischen Armee, sehr erschwert. Alle diese Ursachen verursachten aber 1879 1949 Selbstmorde. Die andern Ursachen, die einzigen, welche auf die Soldaten einwirken konnten, ergaben im Ganzen nur 570 Selbstmorde.

Die Häufigkeit der Selbstmorde beim Militär sollte sich daher zur gesammten Selbstmordfrequenz verhalten wie 570 : 2509, das heißt mit anderen Worten: die Soldaten sind die gesundesten, tüchtigsten Männer der Nation, sie sind keinen Nahrungsvorgen ausgesetzt und an einem unregelmäßigen Leben verhindert. In Folge dessen sollte beim Militär, wenn die Soldaten menschenwürdig behandelt würden, der Selbstmord höchstens den vierten Theil so häufig sein, als in der Gesamtheit des Volkes. Wenn beim Militär verhältnismäßig nur eben so viele Selbstmorde vorkämen, als in der ganzen Nation, so wäre dies schon eine enorme Ziffer. Wenn aber die relative Selbstmordfrequenz beim Militär die gesammte Selbstmordfrequenz bedeutend übersteigt, so ist dies ein Beweis, welche zerstörender wirkt, als Noth, Mangel, Siechthum, Wahnsinn und die Verzweiflung über ein verfehltes Leben, daß die Behandlung, welche der Soldat erdulden muß, das Scheußlichste und Niederträchtigste ist, was Menschen zur Verzweiflung zu bringen vermag.

Sogar das allgemeine Sterblichkeitsverhältniß stellt sich in Preußen derart (vergl. Dettlingen, Moralistik, 2. Auflage, S. 685), daß von Männern zwischen 20—30 Jahren jährlich sterben:

Im Militär	je Einer von 68
Im Civilstand	„ „ „ 99,

das heißt ein Ueberschuß in der Militärssterblichkeit von 47 Prozent! Und das im Frieden!

Dieselben Ursachen, welche die Neigung zum Selbstmord vermehren, bewirken, daß von den Soldaten mehr sterben, als von der gleichartigen Bevölkerung im Zivil, obgleich nur die kräftigsten, gesundesten Männer zu Soldaten gemacht, obgleich die chronisch Erkrankten bei Zeiten entlassen werden, obgleich man wenigstens für genügende Ernährung des Soldaten Sorge trägt, er Arbeitslosigkeit und physisches Elend nicht kennt!

Das ist Herr Scheel, der ja als ein tüchtiger Statistiker gelten will, nicht unbekannt, er weiß, wie enorm die Selbstmordziffer beim Militär ist; aber freilich, die Lieblingsfälschungen der Hohenzollern und ihrer Werkzeuge vertragen das Tageslicht nicht, die Wissenschaft, welche sich dem „Anwalt der Enterbten“ zur Verfügung stellt, hat die Wahrheit nicht zu entdecken, sondern zu verhallen. Will ferner Herr von Scheel Direktor des preussischen statistischen Bureaus werden, so muß er zeigen, daß er es versteht, die Ergebnisse der Statistik zu Fälschungen zu benutzen. Und diesen Beweis hat er geliefert.

Jeder, der überhaupt zu denken versteht, muß sich gegenüber den Eingangs angeführten Zahlen sagen, daß da ein großes Mißverhältniß vorliegt; Herr Scheel aber, der Zahlen zu lesen gelernt hat, wußte, daß dieses Mißverhältniß thatsächlich noch bedeutend größer ist, als es auf den ersten Blick erscheint, er wußte es so gut, daß er die Vergleichszahlen mit dem Jahre 1878, dem Jahre, in welchem die Arbeitslosigkeit und somit auch der Selbstmord aus Nahrungsvorgen in Preußen auf dem Gipfelpunkt angelangt war, abbricht, obwohl ihm, wie seine weiteren Zahlen zeigen, die Zahlen von 1879 wohl bekannt sind! Bewußte, wohlberedete Fälschung, das nennt man christlich-soziale Wissenschaft!

Unsere Stichwahlen.

Die erste Stichwahl ist nicht zu unsern Gunsten ausgefallen. Genosse Oppenheimer ist in Elberfeld-Barmen mit 12,172 Stimmen gegen 13,121, welche der Fortschrittler Reinhold Schmidt erhielt, unterlegen. Trotzdem können wir mit dem Resultat sehr zufrieden sein, denn der Zuwachs von 4,000 Stimmen ist diesmal nicht, wie bei den früheren Wahlen, von den Ultramontanen gekommen, sondern gehört uns voll und ganz an. Die Ultramontanen hatten vielmehr mit den Fortschrittler einen Kompromiß dahin abgeschlossen, daß sie in Elberfeld für Schmidt und die Fortschrittler in Solingen

für Schorlemer-Kist stimmen, um in beiden Wahlkreisen die sozialistischen Kandidaten zu Fall zu bringen. Außerdem haben die Christlich-sozial-Konservativen nicht nur nicht für, sondern direkt gegen Oppenheimer gestimmt, und zwar ausdrücklich deshalb, weil Oppenheimer ein Jude ist. Ein kassischer Beweis konnte gar nicht geliefert werden, daß die Herren nicht, wie sie so gern behaupten, nur die ausdeutschen Juden, sondern daß sie die Juden als solche lediglich ihrer Abstammung wegen bekämpfen.

Es lebe Mainz! Das infame Komplott der vereinigten „Ordnungs“parteien ist nicht durchgedrungen, hat sein Ziel, die Mundtotmachung der Sozialdemokratie nicht bewirken können, unsere wackeren Mainzer Genossen haben ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht und den Baum gebrochen: Liebknecht ist gewählt, trotzdem Nationalliberalismus, Fortschritt und Zentrum fraktion sich gegen ihn koalirten. Wenn die „Berliner Volks-Zig“ sich über die Niederlage ihres Redakteurs Philipps damit tröstet, daß Liebknecht mit Hilfe des Zentrums gesiegt habe, so stimmt das nicht. Das Zentrum hatte, und zwar auf einen Brief seines einflussreichsten Führers Windthorst hin, die Parole ausgegeben: Für Philipps stimmen. Aber, und das ist gerade das Beste dabei, die katholischen Arbeiter und Bauern haben nicht Ordre parirt, sie haben entgegen der offiziellen Parole für den Arbeiter und Sozialdemokraten Liebknecht gestimmt. Die in den Händen von Buchereren stehenden Weinbauern sind zur Erkenntniß ihrer sozialen Lage gelangt, sie lassen sich nicht mehr hinhalten, weder von ultramontanen, noch von liberalen Schönerern. Der Kulturkampf ist zu Ende, die Führer partiren mit Bismarck, aber die Massen laufen ihnen nicht blindlings nach — sie lieben die Schachergeschäfte nicht. Bis jetzt hieß es: Der Kulturkampf habe nur den Sozialdemokraten genügt, nun wollen, Mainz ist die erste Frucht des Kulturfriedens! Stimmenzahl in Mainz: Liebknecht 8,184; Philipps 7,734.

Breslau ist unser, das ist die dritte Nachricht, welche wir über unsere Stichwahlen erhalten, und zwar diesmal ganz unser: der Ostkreis (siehe Monats-Kalender) hat Reinhold Schmidt mit 12,172 Stimmen gegen 13,121 mehr als zehn Jahren hat er unermüdlich in Breslau für unsere Partei gewirkt und seit dem Vertrauen der dortigen Genossen im hohen Grade besessen. Von heute aus ist Krücker Wasthinebauer, erst seit wenigen Jahren hat er die Thätigkeit in seinem Berufe ausgeübt, oder besser gesagt, angehen müssen, um desto besser für unsere Sache eintreten zu können. Er betreibt gegenwärtig in Breslau ein kleines Zigarrengeschäft, wird natürlich dabei von der Polizei durch stete Ueberwachung, häufige Haus-suchung und ähnliche Ehikanen möglichst geschädigt. „Unter solchen Umständen“, schrieb er uns vor ca. 1 1/2 Jahren, tritt auch an mich die Versuchung stark heran, auszuwandern und mir drüben eine Existenz zu suchen, aber so lange ich es nur irgend auszuhalten vermag, will ich hier auf Posten bleiben, so miserabel es mir auch geht.“ Er hat auf seinem Posten wacker ausgehalten, und wir sind sicher, er wird es auch im Reichstag thun. Stimmenzahl in Breslau: I. Ostkreis: Hasenklever 8,457; Behlo: 6,798. II. Westkreis: Krücker 8,359; Freund 7,887.

Greiz, Jenseitroda wieder erobert! In Greiz-Jenseitroda hat Genosse Blos mit 4580 Stimmen gegen den Konservativen Herz, der 2510 Stimmen erhielt, gesiegt.

In Frankfurt a. M. sind wir diesmal noch unterlegen. Genosse Doll erhielt 8900 Stimmen gegen den „Demokraten“ Sonnemann, der es nur auf 9150 Stimmen brachte.

Nürnberg erobert! Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir noch folgendes Telegramm: „Grillenberger mit 1000 Majorität gesiegt. Hurrah!“ Hurrah, rufen auch wir aus voller Kehle. Grillenberger erhielt 12,209 Stimmen gegen 11,115, welche auf den fortschrittlichen Professor Dr. Günther fielen.

Briefe aus dem Gefängniß Deutschland.

Den 4. November 1881.

Der Ausfall der Wahlen läßt sich zwar noch nicht mit ziffermäßiger Genauigkeit bestimmen, da diesmal mehr als je die Entscheidung des Kampfes zwischen den einzelnen Parteien in die Stichwahlen verlegt ist; woherlei kann man aber schon jetzt konstatiren: erstens, daß die Zusammensetzung des nächsten Reichstages nicht im Entferntesten ein Bild der wahren Volksstimmung gibt, denn die Wahlfälschungen sind diesmal mit Hilfe des Sozialistengesetzes im ganzen Reiche ärger betrieben worden, als dies selbst unter dem korrupten Regiment Louis Napoleon in Frankreich möglich war. Zweitens läßt sich erkennen, daß trotz dieser Wahlfälschungen das Plebiszit gegen Bismarck ausgefallen ist, denn es ist keine Majorität für seine Projekte zusammengekommen; seine engsten Parteigenossen, die christlich-sozialen Antisemiten, welche auf seinen Namen kandidirten, sind sogar überall jämmerlich durchgefallen und mit Schimpf und Schande von der Schwelle des Reichstages vertrieben worden.

Damit ist die finanzielle Katastrophe, in welche die Regierung sich durch ihre Mißwirtschaft verrannt hat, in Permanenz erklärt, und unsere hohen und höchsten Staatsmänner stehen rathlos vor ihrem Defizit, wie die Ochsen am Berge.

Bismarck hat mit der liberalen Wirtschaftspolitik gebrochen, weil ihm das Kaufsystem der indirekten Steuern, welche ihm auch in der sogenannten liberalen Ära gewährt wurden, nicht genügt. Er versuchte es mit den Schutzzöllen und spannte gleichzeitig die Steuerstränge aufs Höchste an. Aber trotz mehrerer hundert Millionen neuer Steuern und einer umfassenden Schutzzöllegebung blieb er am alten Fleck, der nimmermüde Moloch des Militärschatts verschlang alle die neuen Opfer, und die Kassen des Reichs, mit Ausnahme des Nordfonds im Julius-

thum zu Spandau, blieben leer. Nun warf sich Bismarck verzweiflungsvoll auf den Staatssozialismus; dieser sollte ihm die Mittel geben, noch einmal das Volk mit glänzenden Versprechungen zu beherrschen und es auszulagern in einer Weise, die so ergiebig sein sollte, daß sie dem Bismarckischen Staate eine neue Galgenfrist der Existenz garantierte.

Die Aussicht auf diese Galgenfrist hat sich durch die Wahlen sehr getrübt, sie haben keine Majorität für das Tabakmonopol, keine Majorität für die sogenannten sozialen Reformprojekte geliefert.

Zwar wendeten sich die Repräsentanten des preussischen Pressbüreaus schon mit rührender Freundschaft an die Ultramontanen, um sie für die Regierung zu fördern. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ verpricht der Partei Windthorst's, sie könne, wenn sie Entgegenkommen zeige, die Rolle spielen, welche die liberale Partei unter Bismarck so lange gespielt habe, d. h. sie könne den Rang des Stiefsohns Bismarck's erlangen, wenn sie wieder das Volk auslagern helfe. Aber diese Rechnung ist an sich schon hinfällig, denn das im Zentrum repräsentierte katholische Pfaffenstüm ist nicht so dienstfertig, wie die liberale Kataklysmen-Schicht. Es wird sich dem Kanzler unterwerfen, sobald er nach Kanossa geht, und wird ihn beherrschen, statt ihm zu dienen. Und wenn wirklich die konservative und die liberale Partei sich zu einer geschlossenen Regierungspartei vereinigten, so gäbe das noch keine Regierungsmajorität, denn beide Parteien verfügten nicht über die absolute Majoritätszahl von 199 Stimmen. Die Entscheidung würde bei allen Streitfragen zwischen dieser Regierungspartei und den Liberalen in den Händen der Polen, Protestanten und der Sozialisten liegen. Auf die Gnade der letzteren würde die Regierung angewiesen sein, selbst im Falle des höchst unwahrscheinlichen Zustandekommens einer konservativ-liberalen Regierungspartei.

Werden aber die Sozialisten auch wirklich in diesem Reichstage vertreten sein? kann man nach dem offiziellen Ergebnis der ersten Wahl sich fragen.

Die Beantwortung dieser Frage bringt uns auf das ausgiebige Thema der geschehenen Wahlfälle. In Wahrheit sind bereits mehrere Sozialisten gewählt. Stolke in Juidau-Crimmitschau ist zweifellos gewählt, aber man hat dort so viele sozialistische Stimmzettel für ungültig erklärt, daß man eine Stichwahl herbeiführen konnte, unter dem Vorbehalt, es fehlten 14 (!) Stimmen an der absoluten Majorität. Ebenso ist der Kreis Glauchau-Meerane nur theils durch brutale Gewalt, theils durch Talschneiderei-Kunstkünste den Gegnern in die Hände gespielt worden, und der zehnte Theil des in unseren Händen befindlichen Materials hierüber genügt, um den Unfug der dortigen Wahl zu rechtfertigen. Aber auch in allen anderen Kreisen, wo die Wahl von Sozialisten ernstlich in Frage kam, hat die offizielle beherrschende Macht so arg gewollt, daß die bis jetzt erzielten Wahlergebnisse in dem Maße, wie sie mehr oder weniger für den reaktionären Kandidaten Majorität ergeben, kein Barometer für die konservative Gesinnung der Wähler sind, sondern nur den höheren oder geringeren Grad der obrigkeitlichen Vergewaltigung der Wähler anzeigen.

In den Industriestädten Sachsens, welche immer Sozialisten in den Reichstag sandten, herrscht zur Zeit die Hungersnoth mit allen ihren Schrecken. Wer noch einige Habe besaß, hat sie veräußert und ist über's Weltmeer geschifft, dem langsamen Hungertode zu entgehen. Wer gar nichts besaß, ist zurückergeben. Da sitzen sie nun hungrig hinter'm Kamin, und zermartern sich das Hirn, wie sie Brod für die jammernden Kinder schaffen können, und von Tag zu Tag wird das Brod rarer, die Noth größer. In dieses allgemeine Elend fällt die Reichstagswahl. Unsere alten bewährten Genossen schrien sich trotz des Januars, trotz des hungernden Magens auch diesmal, um gewissenhaft ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Man versuchte Stimmzettel zu verbreiten und läßt ein Wahlflugblatt erscheinen. Da plötzlich fallen aber die Amtshauptleute, Polizeichefs und sonstige Staatsbeamte wie ein Heer von Raubrittern über die hungernden Wähler her und schmettern sie wie mit eisernen Keulen nieder. Die Stimmzettel wurden in allen sächsischen Kreisen verboten, oder nicht, und wehe den Austrägern! In Juidau wurden sämtliche Austräger von Stimmzetteln verhaftet und ins Gefängniß gesteckt, in dem Kreise Stollberg, Schneeberg u. s. w. holte man die Sozialisten vom Webstuhl, von der hungernden Familie, von den schreienden Kindern weg und sperrte sie ein, wenn man sie nur irgendwie des Wirkens für sozialistische Wahlen „verdächtig“ hielt. Eine jede solche Verhaftung bedeutete den Ruin einer Familie, denn wo der Verdienst ohnedies nicht zulange, ist der Ausfall der Arbeitstätigkeit von wenigen Wochen, ja von Tagen unerbittlich, er macht die Familie zu Bettlern, und da das Betteln verboten ist, überliefert er sie dem Hungertode.

Unsere Reichstagskandidaten, welche in diesen Kreisen von Ort zu Ort wanderten, mußten schreckliche Szenen dieser Art mit ansehen. Liebknecht kam in eine Stadt, in welcher soeben alle bekannten Sozialisten wegen Antrags von Stimmzetteln verhaftet worden waren. Der Schrecken der Weiber und Kinder war grenzenlos. Man hat den dort allgemein geliebten und geachteten Volksvertreter unter Thronen, er möge lieber weiterziehen, denn hinter ihm tanzt die Polizeigewalt auf, die ganze Schandarmarie des Kreises, mit Säbeln und Flinten bewaffnet, und drohte Jedem Verderben, der den sozialistischen Kandidaten bei sich aufnehmen würde. Am 17. und 18. Wahlkreise hätten während des ganzen Wahlkampfes Häuser und Spithuben ungenirt haufen können, wenn sie nur den Ort mieden, wo sich Liebknecht oder Auer gerade anhielten, denn hinter diesen Weiden zog stets die ganze Kreispolizei einher. In Richtenstein führte ein Genosse den Kandidaten Auer in seine Wohnung. Gleich darauf erschienen die Schandarmen, schleppten den Inhaber der Wohnung nach der Polizeiwache und entleerten ihn dort gänzlich, um sich angeblich zu überzeugen, ob er Wahlflugblätter bei sich habe, in Wahrheit, um die Schredenherrschaft im ganzen Kreise aufrecht zu erhalten, unter deren Schutze die Reaktion liegen sollte.

Es liegen sich noch hunderte solcher Beispiele anführen, doch genug davon. Erwähnt sei nur noch, daß auch überall die Drohung verbreitet war, im Falle sozialistischer Siege werde der Belagerungszustand verhängt, der den ohnedies hungernden Familien ihre Ernährer nehmen und den Untergang der sozialdemokratischen Bevölkerung herbeiführen sollte.

Diesen beherrschenden Vergewaltigungen gegenüber treten die gleichfalls eifrig betriebenen Wahlbeeinflussungen der Gegner in den Schatten, so frech sie auch betrieben wurden. Nur beiläufig sei erwähnt, daß im Liebknecht'schen Wahlkreise (Schneeberg-Stollberg) die Gegner Stimmzettel in Biretel-Folioformat ausgaben, welche durch ihre Größe zweifellos kenntlich waren, und im Leipziger Landkreise Stimmzettel aus Hauspapier mit Wasserzeichen und rauhen Rändern hergestellt wurden, während die Liberalen in der betr. Papierfabrik gleichzeitig den ganzen Vorrath des Papiers dieser Sorte auskauften, um Nachbildung zu verhindern. Die liberalen Parteien gingen eben auch diesmal Arm in Arm mit der Polizeigewalt.

Und was ist nun das Resultat dieser allgemeinen Hege gegen unsere Partei?

Sie steht nach wie vor auf ihrem Posten, kräftiger als je, bietet sie der Reaktion die Stirn.

Berlin, nach dreijährigem Belagerungszustande, nach hunderten von Ausweicungen und bei schamloser Polizeivillkür, es stellte im ersten Wahlgange ohne irgend welche Agitation mit stummem Troste ein Armeekorps von 30,000 Sozialisten vor die Regierung hin, und Entsetzen verbreitete sich im Hohenzollernpalast beim Anblick dieser unheimlichen Truppen, welche durch ihr Votum sagen: Wir sind noch da! Wir harren aus bis ihr geht!

Aus Dresden, welches an Polizeivillkür im letzten Jahre Unglaubliches erlebte, hielt seine alte Koalition, Breslau, Frank-

furt, Hamburg u. s. w. haben dasselbe, in Leipzig und Magdeburg, den beiden Stadien des Nationalliberalismus, tritt unsere Partei in die Stichwahl, und mitten in der Raubritterwirtschaft der Polizeigewaltigen des sächsischen Erzgebirges erhebt sich die alte Hochburg der Sozialdemokratie, Chemnitz, wieder mit neuer Kraft und stellt daselbst unseren Sieg in sichere Aussicht. Die alte Stimmzahl unserer Partei ist fast nirgends zurückgegangen, und unter den heutigen Verhältnissen wiegt jede Stimme zehnfach. Da ist nirgends das Strohhalm der Begeisterung bestimmend gewesen, denn wir hatten keine Versammlung, keine Blätter, überhaupt kein Agitationsmittel. Unsere diesmaligen Wähler sind nur klare, selbstbewusste Sozialdemokraten, die aus eigener Ueberzeugung zwischen uns und der Regierung gewählt haben und sich aller Konsequenzen bewußt gewesen sind, denn nur solche konnten den unerhörten Beeinflussungen der Behörden einerseits und den sozialen Reform-Versprechungen der Regierung andererseits Trotz bieten; kurz, die Hunderttausende unserer diesmaligen Wählerschaft, sie bilden die Volksarmee der Zukunft.

Auf diese Armee gestützt, können wir trotz aller Verfolgungen mit Zuversicht die Todesurtheile des heutigen Systems abwarten, wir wissen, wenn der Feind verendet ist, werden wir als Vollstrecker des Volkrechts auf den Plan treten. Und daß dies nicht mehr lange dauert, dafür sorgt die selbstmörderische Politik des Fürsten Bismarck, als die unterdrückte sozialdemokratische Agitation es je vermocht hätte.

Hejzjagden und das Proletariat.

Robheit ist ein Hauptzug der aristokratischen Gesellschaft. Auch dem aristokratischen „Sport“ und den Vergnügungen aller Art, denen diese Klasse sich hingibt, steht die Brutalität an. Die elchste Periode der Geschichte ist das Mittelalter, welches mit dem Eintritt der Reformation als abgeschlossen betrachtet wird. Diefem unendlich rohen und zerfahrenen Zeitalter verdanken die Hejzjagden ihre Entstehung. Bei diesen Jagden befinden sich die aristokratischen Jäger nämlich außer aller Gefahr, und das Hauptvergnügen besteht darin, die Thiere erst bis zur tödtlichen Erschöpfung zu verfolgen und sie schließlich aus reinem Vergnügen zu tödten. Diese Art der Jagd ist kein Erwerbsszweig wie die Jagd an den Grenzen der Zivilisation, sie ist auch kein notwendiger Kampf gegen die Thierwelt, um dem Menschen Raum und Sicherheit zu gewähren, wie in neu oder wenigstens dünn besiedelten Ländern, sondern sie ist die offene, unverküllte Nordluft, die ausgebläht wird in Glacchandschuhen und weißer Kravatte.

Ein vorzüglich aristokratischer „Sport“ ist ja auch das Taubenschießen, das Fuchsjagen und in Italien z. B. das Bogenschießen, welcher mehrerlei Beschäftigung sich auch der sogenannte „Heilige Vater“ in Rom mit ganz besonderer Vorliebe hingibt. Es muß doch eine ganz eigenthümliche Art von Gottheitlichkeit sein, die müden Wandervogel, welche sich vertrauensvoll in den Parolanlagen des Vatikans niederlassen, um auszuruhen, sich zu stärken und dann ihre Reise fortzusetzen, heimlichlich zu fangen und ihnen das Genick umzudrehen.

Die kleinen gefiederten Sänger, welche wie uns gerade die Gläubigen verheeren, mit ihrem Gesang in so schöner Weise ihren Schöpfer verherrlichen, werden von dem „heiligen“ Vater in sehr unheiliger Nordgier gefangen und abgemurrt.

Allerdings regt sich bereits die öffentliche Meinung gegen diesen päpstlichen Vandalismus; die Ungläubigen, in der Regel die besseren Menschen, sprechen es offen aus, daß diese Art Vergnügen den Menschen verzieht, eines geisteten Menschen unwürdig sei und sich für einen Priester der Religion der Liebe am allerwenigsten eigne. Hier haben wir ein Beispiel, wie der Unwille der gebildeten und geisteten Welt selber und später den Papst und seine gleich mordgierige Umgebung zwingen wird, die Jagd zu verbieten. „Das heilige Vögel“ über „die heilige realen Erfolg geführt, es mag dies daher kommen, weil sie sich zunächst noch in Kreisen bewegt hat, welche gewohnt sind, mit Glacchandschuhen ihr Toggewert zu verziehen.

Dahingegen haben wir mit Befriedigung zu berichten, daß sich das Volk Irlands ohne Glacchandschuhe, ohne jarte Umkleidungen, in nicht missverständlicher Weise in die egeren Sportgelegenheiten seiner Ausbeute gemischt hat, indem es die projektirten Hejzjagden der Kaiserin von Oesterreich und der englischen und irischen Lords auf irischen Boden kurzer Hand unter Androhung körperlicher Züchtigung der theilnehmenden aristokratischen Ausbeuteverbote verboten hat. Das ist ein sehr erfreuliches Zeichen für die Befreiung des irischen Volkes. Es ist aber auch gleichzeitig ein Zeichen für das Umsichgreifen des revolutionären Geistes. Und darin, daß es den Irländern in Curraghmore gelang, eine Jagdgesellschaft zum Wildzuge, zur Aufgabe der bereits begonnenen Jagd zu zwingen, erblicken wir auch bereits einen Sieg der Volksmacht über die Privilegirten.

In ganz Irland haben sich Vereine gebildet, die mit einander in Verbindung stehen und den Zweck verfolgen, den Aristokraten ein für allemal alle Hejzjagden und das Jagen zum Vergnügen überhaupt zu verbieten. So wird per Kabel berichtet, daß die Landliga der Grafschaft Meath beschlossen hat, die Abhaltung von Jagden nicht zu gestatten. Bekanntlich beabsichtigte die Kaiserin von Oesterreich dort zu jagen.

Und weiter berichtet der Telegraph: „Der Marquis von Waterford hat die Leitung der Curraghmorer Hejzjagden niedergelegt und begründet dies damit, daß sich ein Verein zur Verhinderung der Jagden in ganz Irland gebildet habe. Als er am vorigen Donnerstag zur Jagd ausgezogen sei, seien die Kirchenglocken geläutet und Hörner geblasen worden, und eine Menge Menschen habe ihn und seine Freunde mit Steinen beworfen, nach den Hundstufen geworfen, mehrere derselben mit Hengeln gefangen und so lange gejagt und geschrien, bis die Gesellschaft sich genüthigt gesehen habe, wieder nach Hause zu gehen. Die Curraghmorer Jagdhunde sind die schönsten in ganz Irland, und die Kaiserin von Oesterreich sollte in diesem Jahre mit ihnen jagen.“

In Midare hat die Liga bekannt gemacht, daß wenn der Marquis von Drogheda, der Graf von Mayo, Lord Cloncurry, John La Touche oder William Blaker auf der Jagd erscheinen, dem Jagen Einhalt gethan werden wird. Die Vorgenannten sind die bedeutendsten Grundbesitzer in der Grafschaft.

Dem Jagen Einhalt thun, ist sehr gut. Das heißt offenbar, die Aristokratie mit ihrem Leben für die Durchführung des Beschlusses der Landliga verantwortlich machen. Dadurch werden alle Jagden aufhören; das Wild gehört wieder dem Bauer, d. h. dem Bewohner des Landes. Die meilenslangen Wildparks werden überflüssig und wieder zu Ackerland gemacht, und wo bisher die Aristokraten ihre Nordluft befriedigten und jagten, werden wieder Menschen wohnen, welche durch den Erfolg ermuthigt, demnächst auch die ganze aristokratische Ausbeuteverbote vertreiben werden. So muß es kommen! („Vorboten“.)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 9. November 1881.

— Allgemeines zur Wahl. Erst in nächster Nummer können wir eine einigermaßen genaue Aufstellung der auf unsere Kandidaten am 27. Oktober gefallenen Stimmen bringen. Nur ein Theil unserer Genossen ist erst seiner Verpflichtung nachgekommen, dem Parteiorgan das Resultat ihres Kreises mitzutheilen, und die Zeitungen haben nur von den Hauptorten Spezialberichte gebracht. Nach einem vorläufigen Ueberblick glauben wir jedoch schon heute feststellen zu können, daß sich die Gesamt-

zahl der für uns abgegebenen Stimmen auf 310—320,000 beläuft. Da, wie die ersten Stichwahlen gezeigt haben, wir noch über eine städtische Reserve gebieten, die aus gegnerischen Lager erhaltenen Stimmen rechnen wir natürlich nicht mit ein, so dürfte die Gesamtzahl sehr nahe an 400,000 herankommen, ein Resultat, das unsere höchsten Erwartungen übersteigt. Unsere Genossen in Deutschland haben sich mit wenigen Ausnahmen über alle Massen brav gehalten.

In der vorigen Nummer haben wir von den Wahlkreisen, welche einen Stimmenzuwachs für uns aufwiesen, nur die für uns bedeutenderen angeführt. Es dürfen aber darüber nicht die Kreise übersehen werden, in denen die Zahl unserer Stimmen absolut genommen zwar nicht beträchtlich ist, die aber durch verhältnismäßig bedeutenden Zuwachs oder auch nur durch Erhaltung der früheren Stimmenzahl dokumentiren, daß in ihnen ein Stamm tüchtiger Genossen sitzt, der selbst unter glänzligen Umständen, unter einer uns noch kalt oder gar feindselig gegenüberstehenden Arbeiterbevölkerung für unsere Sache zu werben versteht. Zu diesen Kreisen gehören u. A.: Karlsruhe (vergl. unsere heutige Korrespondenz), Köln und der Kölner Landkreis, wo Genosse Bebel zusammen über 3000 Stimmen erhielt, Wiesbaden, wo Genosse Liebknecht über 600 Stimmen erhielt, Hamburg wo auf Frohme über 900 Stimmen entfielen, Celle, Schwerin in Mecklenburg, Mühlhausen im Elsaß, Rautenburg-Zeitz, Halle a./Saale, Jamburg i./Hannover (Reiter über 800 Stimmen) Kachen (Bebel über 500 Stimmen) u. s. w. u. s. w.

Im Großherzogthum Baden ist unsere Stimmzahl von 3803, die wir im Jahre 1874 erhielten, auf 4667 gestiegen. Bravo!

Im Wahlkreise Frankenthal-Speyer ist die Zahl unserer Stimmen noch erheblich größer, als wir in voriger Nummer annahmen, und zwar nicht 2000, sondern 3100.

Selbst in dem erultramontanen Wahlkreise Kaufbeuren sind auf Genosse Bebel 75 Stimmen gefallen, darunter in dem Dorfe Irsee 32 von überhaupt 76 abgegebenen Stimmen. „Wenn man bedenkt, daß hier noch alles thut, was der Pöbel sagt, so ist das schon ein guter Erfolg“, schreiben uns die dortigen Genossen.

In Warburg (Hessen) erhielten wir in Stadt und nächster Umgebung 159 Stimmen gegen 152 Stimmen, welche voriges Mal der ganze Wahlkreis lieferte. (Korrespondenz aus Warburg in nächster Nummer.)

— Bismarck in Köthen. Sein Weisfall bei den Wahlen hat unsern unfreiwilligen Agitator ganz außer Fassung gebracht. Jetzt trägt er sich gar, wie die „Post“ meldet, ernsthaft mit Rücktrittsgedanken. Es ist, wie wir gesagt haben, mit dem Fortschritt will ER nicht und mit dem Zentrum kann ER nicht regieren, und ohne beide kriegt ER keine Majorität. Da mag dem ein Anderer die Suppe anschlöffeln. Es bliebe ihm freilich noch die Auflösung des Reichstages, aber eine allgemeine Volksstimmung wird dadurch nicht aufgehoben und die jetzige geht noch viel mehr nach links, als bei den Wahlen diesmal zum Ausdruck gekommen ist. In Folge dessen ist der „große“ Kanzler „milde, herzlich milde!“

Die Judenbay hat ihm auch nichts eingebracht. Hinterpommern besaß er ohnehin, und Berlin ist trotz aller Anstrengungen nicht erobert worden. Die „Juden und Judengenossen“ haben in Berlin trotz alledem gefiegt, das geht ihm nicht aus dem Kopfe, und daher unculd der lästliche Rückgang im Gespräch mit dem jüdischen Papierfabrikanten Behrendt. Er habe durchaus keinen Haß gegen die Juden, die ja ganz achtbare Menschen seien, besonders wenn sie ihm das Holz aus dem „eroberten“ Sachsenwald zu zivilen Preisen ablaufen, wie der obige Behrendt, und die Er sogar lieben könnte, wenn sie Seine Politik unterstützen wollten.

Wahrschick, Er muß sich gewaltig wackig vornehmen, der Mann von Eisen.

— Die Sozialdemokratie in den Wahlkampf eingetreten ist, hat unsere Gegner verblüfft. Obgleich wir beim ersten Sturm nicht einen einzigen Wahlkreis gewonnen haben, hat unsere Partei doch überall da, wo ein Kampf überhaupt möglich war, eine solche Stärke entwickelt, daß die Arbeit des Bedrückten, die Sozialdemokratie durch ein Ausnahmengesetz zu vermahnen, jedem Denkfähigen zu klarem Bewußtsein kommen mußte. In diesem Sinne spricht sich auch eine große Anzahl von uns feindseligen Zeitungen aus. Nur in einem Blatt finden wir eine abweichende Stimme: in der „Kölnischen Zeitung“, die sich aus Sachsen schreiben läßt, das Resultat der diesjährigen Reichstagswahl habe das Sozialistengesetz gerechtfertigt, dessen heilsame Wirkung nicht mehr zu bezweifeln sei. Der „Rückgang“ in der Stimmzahl für sozialdemokratische Kandidaten sei nur dadurch herbeigeführt worden, daß das Sozialistengesetz die Masse der Wähler gegen die Terrorisirung durch die Sozialdemokraten geschützt habe! Man weiß nicht, wo größer ist: die Unverschämtheit dieser Behauptung oder ihre Dummheit. Bei allen früheren Wahlen hat freilich eine „Terrorisirung“ der Wähler stattgefunden, jedoch nicht eine Terrorisirung durch Sozialdemokraten, sondern durch die Arbeitgeber und die Behrden, die mit den verwerflichsten Mitteln auf die Wähler zu wirken suchten. Zehntausende von Arbeitern sind, allein in Sachsen, notorisch und nachweisbar durch derartige Beeinflussung entweder von der Ausübung der Stimmabgabe abgehalten oder zur Stimmabgabe gegen ihre Ueberzeugung gezwungen worden. Der einzige Unterschied, den das Sozialistengesetz geschaffen hat, besteht darin, daß es uns die Mittel, diesen Beeinflussungen entgegenzuwirken, entweder ganz genommen oder arg beschränkt hat. Das Sozialistengesetz hat die Masse der Wähler an Händen und Füßen gebunden dem Terrorismus unserer Feinde, d. i. der Ordnungsparteien, überliefert — vollä tout! Wenn die heutigen Wahlbeeinflussungen im sächsischen Landtag und im deutschen Reichstage zur Sprache kommen, werden Skandale entküllt werden, denen die umfangreiche Skandalchronik amtlicher und nichtamtlicher Wahlbeeinflussung und Wahlkorruption absolut nichts Ähnliches an die Seite zu stellen hat.

— Liberale Gesinnungslumperci. „Die rothe und die schwarze Internationale müssen zertreten werden!“ wem haßt er nicht in den Ohren, dieser Feind mit Empase ausgeflossene Schlagtruf der Nationalliberalen. Besonders heiß ging es am Rhein her; da wurde gegen die „Kölnlinge“ der Demunitionsbund, „deutscher Verein“ genannt, gegründet, und sein Organ war das große „Weltblatt“, die „Kölnische Zeitung“. Die „Kölnlinge“ sind noch immer die gleichen, Windthorst und Schorlemer-Aß haben noch keine Silbe zurückgenommen, wo aber ist die Kulturpauke der Liberalen geblieben? Bedenkt, alle geworden, wie die Opposition der Konfliktjahre — aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Mit großer Genugthuung meldet die „Kölnische Zeitung“ den Kompromiß zwischen Fortschritt und Ultramontanismus in Eberfeld und Solingen, mit innerer Befriedigung konstatirt das Hauptblatt des rheinischen Liberalismus, daß die „Kämpfer gegen Rom“, die Männer des „geistigen Fortschritts“, der „wissenschaftlichen Aufklärung“, für das Haupt der Schwarzen, der Finsterlinge, für den agrarisch-konservativen Junker von Schorlemer-Aß gegen den Sozialdemokraten Mittinghausen stimmen werden. Gibt es eine drastischer Illustration des Sages von der reaktionären Masse? Aber diejenigen Arbeiter in Solingen, Remscheid u. s. w., die bisher fortschrittlich stimmten, sie werden den Pakt ihrer Führer hoffentlich ebensowenig ratifiziren, wie die Mainzer Arbeiter den der übrigen, sie werden nicht begreifen, warum man ihnen erst vorkauft, der Fortschritt sei der beste Ball gegen den Ultramontanismus und ihnen nun zumuthet, selbst für den Ultramontanen zu stimmen, warum man ihnen die Köthen als Verbündete der Schwarzen demunzirt und sie nun selbst für die Schwarzen ins Feld führen will, sie werden ihre Führer verlassen und mit den Köthen gegen di

Schwarzen stimmen! Man müßte ja geradezu an den Arbeitern verzeihen, wenn sie sich wie Hammel kommandiren ließen!

— Bezeichnend und lehrreich. Bezeichnend für den Freisinn der „entschiedenen Freisinnigen“ ist es, daß sie es für ihre Hauptaufgabe betrachten, bei den Stichwahlen die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Wenn es ihnen wirklich Ernst wäre mit der „Verteidigung der bedrohten Volkrechte durch die Reaktionsäre“, so müßten sie bei Stichwahlen zwischen einem Sozialisten und einem Konserwativen sich doch mindestens der Abstinenz enthalten, statt dessen geben die Herren Bamberger, Forckenbeck und Ridert, die Führer der liberalen Kronprinzpartei, die Parole aus, unter allen Umständen gegen den Sozialdemokraten zu stimmen, d. h. alle Volkrechte preiszugeben, wenn es sich um einen Sozialisten handelt. In ihrem Verborgenen, der Berliner „Tribüne“, erklären sie es für absolut notwendig, daß den Sozialisten der Reichstag verschlossen bleibe. Das heißt, eine Partei, die trotz aller Verfolgungen mehr als dreißigmal unter tausend Wählern hinter sich hat, der von Rechts wegen nach der Stärke der übrigen Parteien gemessen, mindestens fünfundzwanzig bis dreißig Sitze im Reichstag gebühren, soll um jeden Preis mundtot gemacht werden — ist das nicht bezeichnend für den Freisinn dieser „entschiedenen Liberalen“?

Kun, das Volk hat ihren „freisinnigen“ Anschlag zu nichte gemacht, wir aber werden ihnen denselben nicht vergessen.

Aber nicht nur bezeichnend und lehrreich ist dieses Bestreben, die Sozialisten aus dem Reichstage fern zu halten. Man mag den Herren Bamberger, Ridert und Forckenbeck nachsagen, was man will, Dummköpfe sind sie nicht, sondern ganz geriebene Purisken, die da sehr wohl wissen, was sie thun. „Was man zur Abwendung der sozialdemokratischen Gefahr thun kann“, schreibt die „Berliner Tribüne“ am ersten November, „ist, der Sozialdemokratie den Glauben an sich selbst zu nehmen. Und dazu gibt es kein wirksameres und zugleich erlaubteres Mittel als das, sie aus dem Reichstage herauszuweisen auf dem Wege der allgemeinen Wahl.“ (D. h. mittelst Wahlfälschung und Wahlbeeinträchtigung.) Und gleich darauf fährt das seßhaftlich-liberale Blatt heuchlerisch fort: „Wir würden es für sehr erplich halten, wenn man den Bebel und Liebknecht den Spielraum gönnte, um ihre Ansichten in sachlicher Weise durch die Presse zu vertreten.“ Auf gut Deutsch überlegt heißt das: Wie in Belgien und Holland, in Oesterreich, Ungarn und Italien sollen die Sozialisten Deutschlands eine relative Pressefreiheit erhalten, aber das Wahlrecht soll ihnen genommen oder seine Ausübung ihnen unmöglich gemacht werden. Auf diese Weise, hoffen die Herren, wird es dahin kommen, daß wie in den genannten Ländern, so auch in Deutschland die Sozialdemokratische Agitation in einem unschätzbaren Kampfe verpöbeln, daß die sozialistische Agitation ihres zur Zeit mächtigsten Hebeln beraubt werde. Mit der größten Freude würden sie einer Einschränkung des Wahlrechtes, sei es durch Einführung des Wahlzensus, sei es durch irgend welche Klauseln, zur Einführung, wenn die Parteiverhältnisse in Deutschland es nicht zu unmöglich machten.

Und wir sollten thöricht genug sein, freiwillig auf ein Kampfmittel zu verzichten, welches uns in den Stand setzt, uns in so impopulärer Weise zu manifestiren und den Gegnern dabei die Waage des Freisinnes vom Gesicht herabzureißen; wir sollten thöricht genug sein, dieses Mittel, wenigstens die Stimmen aller unabhängigen Arbeiter zur Geltung zu bringen, fallen zu lassen in Gunsten einer Partei, die von unsern russischen Brüdern selbst als ihnen durch den äußersten Despotismus aufgezwungen bezeichnet, die aber von denen wohlweislich nicht selbst ausgeübt wird, welche im Ausland am lautesten danach schreien? Nein, wir wiederholen es, wir machen von jedem Mittel Gebrauch, das uns in den Stand setzt, unsere Meinung zur Geltung zu bringen, ob es auch vom Wahlrecht; aus praktischen Gründen werden wir unter Umständen auf dasselbe verzichten, aus Doktrinarismus niemals!

— Feigheit und Brutalität gehen Hand in Hand. Genosse Julius Weiß, gebürtiger Ungar und aus Berlin ausgewiesen, hatte im Wahlkreise Feltow in einigen Versammlungen die Wahl Bebel's empfohlen. Sofort ließ ihn der Landrath des Kreises, Prinz Handjery, der selbst in jenem Kreise kandidirte, verhaften und ihn nicht nur aus seinem Kreise, sondern aus ganz Preußen ausweisen. Vor der Ausweisung aber wurde Weiß, der Frau und Kinder in Berlin hat, von einem Mitgliede des konserwativen Wahlkomites die Zurechtweisung gemacht, „daß die Wahl des Prinzen Handjery thöricht zu sein, andernfalls er sich „wahrscheinlich“ die Ausweisung zuziehen würde. Weiß wies das entrisst zurück und — die Ausweisung erfolgte. Man entlicbte sich eines unbehaglichen Gegners nicht nur, sondern rächte sich auch in der insamsten Weise an ihm. Weiß gelang es nicht mehr als 8 Jahre in Berlin, wobei er als Sattlergehilfe gekommen war, er hatte sich dort etablirt und verheiratet, seine Frau ist aus Preußen gebürtig — die einfache Thatsache, daß er den Herren Ridert und Finn entgegentrat, genügt, ihm seine Ausweisung aus Berlin zuziehen, seine Geizigkeit, für den konserwativen Kandidaten zu wirken, d. h. eine Gefanungskamperei zu begeben, macht ihn der „Ehre“ verlustig, preussische Luft zu atmen. So sieht es im Staate des deutschen Bundes aus.

— Preussische Unverschämtheiten. Die schönste Frucht des Ausnahmegerichtes ist zweifellos die gründliche Untergrabung aller Rechtsbegriffe bei Polizei und Gerichten. Gegen Sozialisten ist Alles erlaubt, ihr sei erlitten kein Gesetz — diesen Grundgedanken jener „acht geschweiblichen Arbeit“ hat das preussisch-deutsche Beamtenthum wunderbar schnell kapirt und schamlos vermischt. Er ist der Gesellschaft so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie sich gar nicht mehr vorstellen kann, daß es Länder gibt, in denen die Verfassungsparagraphen auch für Sozialisten gelten, und in denen man Verfassungen, die man heilig beschworen hat, auch hält. Wie die „Arbeiterstimme“ mittheilt, reichen die offiziellen Schulmeister nach den „wahren Verlegern“ der in Deutschland verbreiteten Wahlplakate schon bis nach Jürich, die deutschen Volksgesellen bilden sich ein, auch gegen schweizerische Bürger den jamosen Zeugnisszwang anzuwenden, oder vielmehr seine Anwendung kommandiren zu können.

Ein noch härteres Bild theilt uns ein Genosse aus Halle a./S. mit, das wir zur Erbauung unserer Leser hier folgen lassen:

„Unser Flugblatt für Hasenkleeber hat die hiesigen Diener der Gerechtigkeit in gewaltige Wuth versetzt. „Wer hat das freche Ding verfaßt?“ riefen wuthschäumend die privilegierten Staatsretter. Berensbuchdruckerei in Höttingen-Jürich? Der wollen wir das befragen, und sungs wird ein mächtiger Schreibebrief nach Jürich abgegangen. Aber, » wo! Die Antwort muß gar nicht sehr ernsthaft geklungen haben, denn seitdem dieselbe zurück ist, sind die erst so hochtrabenden Herren gewaltig kleinlaut geworden. „Schaussliche Zustände, schausliche Zustände“, damit tröstet Einer den Andern, wobei nur nicht recht klar ist, ob die „schausslichen Zustände“ in der Schweiz oder — anderswo gemeint sind.“

Soweit unser Freund. In der That, ein schenktliches Land, wo die Gesetze für Alle gelten! Sollte polizeilich verboten werden.

— Zur reaktionären Masse. In einer Polemik mit dem „Mainzer Journal“ verurtheilt die „Frankfurter Zeitung“ folgende Stelle aus einem Brief des liberal-konserwativen Herrn Windthorst an Herrn L. Sonnemann vom 4. November:

„In Anlaß Ihres Schreibens vom 3. d. M. habe ich mich wiederholt nach Mainz geschrieben und habe mich für die Wahl des Herrn Dr. Philipps ausgesprochen. Da ich nicht weiß, ob bei der in Mainz herrschenden Aufregung (will sagen Enttäuschung!) auf meinen Wunsch Rücksicht ge-

nommen wird, so gebe ich anheim nach Mainz zu fahren und dort mit den einflussreichen Persönlichkeiten selbst zu verhandeln.“

Man sieht, der „Demokrat“ Sonnemann scheut sich nicht, an den Wünschen der Ultramontanen sich zu wenden, um die Wahl unseres Genossen Liebknecht zu verhindern.

Nicht als ob wir darob „entrisst“ wären, wir finden das vielmehr durchaus in der Ordnung. Nur keine Verschwommenheit, das ist die Hauptsache.

— Aus Sachsen schreibt man uns unterm 4. November: Der sächsische Regierung ist ihr unterwürfiger Gehorsam gegen Bismarck und Fritschler schlecht bekommen, sie theilt nach Verhängung des Leipziger Belagerungszustandes das Schicksal Hamburgs, wodurch die Sozialisten operirt, um den Freiheiten zu retten, und gerade dadurch wehrlos der Anarction in die Arme fiel. Auch Sachsens Regierung bedachte nicht, daß sie in der stärksten Partei des Landes, in der Sozialdemokratie, unter Umständen eine Stütze der preussischen Hebergeisse hätte finden können. Fritschler befahl, und der König von Sachsen gehörte, der Belagerungszustand war verjett. Und nach dieser großen Gewaltthat war der Polizeiwirklich Thüre und Thor geöffnet. So geschahen alle jene Schändlichkeiten, welche bekannt genug sind, um die sächsische Polizei- und Richterorde der Gegenwart für ewige Zeiten zu brandmarken. Nachdem dies Alles geschehen und die sächsische Spindel glänzte, in Berlin sich ein Teufelganz verdrillt zu haben, antwortete man daseibst pönglich auf Beschwerden ganz läßlich: es sei gar nicht nöthig gewesen, Stimmzettel zu beschlagen, und man solle sich nur bei Wahlangelegenheiten an die Gesetze halten u. s. w., kurz, Sachsen bekommt für seinen Eifer noch einen Kessel, und Preußen steht als weit unparteilicher, als weit gesünder da wie der kleine diesseitige Bundesstaat mit seiner bornirten Polizei. Und das war von vornherein der Zweck der preussischen Pressionen. Es paßte der preussischen Regierung nicht, den Belagerungszustand und alle sonstigen Verbrechen allein auf dem Gewissen zu haben, sie wünschte sich Mitschuldige, um womöglich im gegebenen Falle sich ausreden zu können: ich war lange nicht der schlechteste, der Räuber Jaromir oder der bayrische Hiesel hat es viel schlimmer getrieben wie ich. In diesem Mitschuldigen vor Sachsen anserlichen, es ließ sich verfluchen, trieb beim letzten Wahlkampfe und schon früher, z. B. bei der letzten Landtagswahl in Dresden, Straiche, die selbst in Russland nicht vorkommen, und hat nun das Verhängen, die Verdienste des „lokalen Preußen“ durch sächsische Niederträchtigkeit in entsprechende Belandung gestellt zu haben, abgesehen von der Verantwortung, welche sich die sächsische Regierungsbeamten durch Herstellung so vieler Familien und Existenzen aufgehoben haben. Diese Gewaltthat hat bereits einen hohen sächsischen Regierungsbeamten — leider wird sein Name hartnäckig verschwiegen — wahn-sinnig gemacht. Er leidet an Verfolgungswahn und fürchtet bei jedem Laut das Rachen der Räder. Für die wahn-sinnige Verfolgung, die der Betreffende — es ist wahrscheinlich der Reichshauptmann v. Einsiedel — uns gegenüber betrieben oder doch unterstützt hat, ist Wahnsinn die mildeste Strafe, die übrigen Mitschuldigen können froh sein, daß es sich vorläufig nur um einen Wahn der Verfolgung handelt.

— Am 5. November kam im sächsischen Landtage die Interpellation unserer Genossen betr. der Verhängung des „Reinen“ über Leipzig zur Verhandlung. In vernichtender Weise wies Bebel nach, daß diese mit unerbittlicher Veralttheit behaftete Maßregel nur den Zweck hatte, die Wahlthätigkeit der sächsischen Wahlgänger der Sozialdemokratie richte sich der Belagerungszustand; er sei bestimmt, die Existenzen einer Anzahl der Regierung unbehaglicher Personen zu vernichten. Der Staatsminister v. Hofitz-Wallwitz verteidigte sich in der klüglichen Weise. Er suchte die Verhängung des Belagerungszustandes mit den althergebrachten Ausflüchten zu rechtfertigen, und als ihn Bebel durch Zwischenrufe in die Enge trieb, wußte er sich schließlich nicht mehr anders zu helfen, als daß er zu den jämmerlichsten Schlägen seine Zustände nahm und unter Anderem behauptete, „es“ sei von der Eventualität einer Erhebung die Rede gewesen, ja „man“ habe sogar bereits die Namen der dann zu beseitigenden Personen genannt!

Als Bebel dazwischenrief: „Beweise!“ fuhr der Herr Staatsminister fort: „Das Sozialistengesetz ist eben für Fälle gemacht“ — Bebel, dazwischenrufend: „Wo man keine Beweise hat!“

Der Eindruck der Verantwortung des sächsischen Junkers war ein so jämmerlicher, Bebel's Angriff so wuchtig, daß die Vertreter der reaktionären Masse aus Angst vor der Wucht des letzteren Schlaf der Debatte und Mundtodtmachung Bebel's beschloßen. Die tapferen Fortschrittler aber waren dadurch, daß er für die Sozialdemokratie Recht und Gerechtigkeit gleich anordnet Staatsbürger verlor, so in Angst gejagt worden, daß sie sofort einstimmig beschloßen, ihre Parteigenossen im Lande aufzufordern, bei den Stichwahlen gegen die Sozialdemokraten für die Konserwativen, für Bismarck, für die Reaktion und den Polizeistaat zu stimmen. O diese „verlappeten Republikaner“!

Glücklicherweise haben die Herren die Wähler nicht im Saal.

— In unserer vorigen Nummer ist die Zahl der Stichwahlen unserer Partei irrthümlich auf 22 statt 21 angegeben. Wir hatten nämlich erst im letzten Augenblick erfahren, daß in Oera nicht, wie anfangs gemeldet wurde, Brätter, sondern der nationalliberale Marquardsen mit Dr. Max Hirsch in die Stichwahl kommt. In der Aufklärung der Einzelresultate trafen wir schnell noch Aenderung, dagegen übersehen wir, die am Eingang aufgeführte Gesamtzahl abzuändern. Unsere Leser mögen dies gest. entschuldigen.

— „Entschiedene Leute.“ Den Gebrüthern Kapell, sowie Herrn G. Hartmann ist wegen ihrer guten Ausführung die Rückkehr nach Hamburg huldreichst verhatter worden. Die Wiederkehrer hatten sich, heißt es, entschieden von jeder Agitation fern gehalten und jede an sie ergehende Aufforderung, sich als Reichstagskandidaten aufstellen zu lassen, ebenso entschieden abgelehnt. Eine so tugendhafte Entschlossenheit dürfte nicht unbelohnt bleiben.

— Einen Erz-Schurkenreich hat die österreichische Polizei in ihrer Nebenerei gegen den Hentzeraren verübt. Genosse Heinrich Stojanowski, ein polnischer Arbeiter (Schlosser), der vor Jahresfrist den russischen Schergen, die ihn auf eine Denunziation hin verfolgten, entkommen war, und seit der Zeit ruhig in Krakau gelebt hatte, ist von der österreichischen Polizei ohne gerichtliche Verhandlung, sogar ohne jede Festsetzung irgend eines Vergehens den russischen Hentzen ausgeliefert worden! Wie lange noch werden diese Leuten ungestraft derartige Thaten verüben dürfen? Schmach und Schande, daß die gesamte „freisinnige“ Presse kein Wort der Entrüstung gegenüber solcher Schandwirthschaft hat!

— In Krakau fand vor Kurzem ein Sozialistenprozeß statt. Angeklagt waren die Genossen J. Schmidhausen (Photograph), A. Dombrowski (Schlosser) und Bandura (Seher), und zwar der Betheiligte, auf einer geheimen Gesellschaft. Als der Staats-Anwalt (Rajon) bemerkte, daß sich ein zahlreiches Publikum im Zuschauerraum eingefunden hatte, um den Verhandlungen beizuwohnen, stellte er den Antrag, die Verhandlungen hinter verschlossenen Thüren zu führen, dem Gerichtshof ohne Weibers zustimme. Das Urtheil lautete: Schmidhausen vier und Dombrowski sechs Wochen Gefängniß; Bandura wurde freigesprochen.

— Aus Frankreich. Am 30. Oktober wurde in Reims der fünfte nationale sozialistische Arbeiterkongreß eröffnet. An den Verhand-

gen desselben nahmen 43 Delegirte Theil, die im Ganzen 258 Gruppen, Fachvereine und allgemeine Arbeitervereine vertraten. 2 Delegirte von Pariser Studientheilen (Anarchisten) wurden nicht zugelassen, weil sie (aus Prinzip!) dem Bureau des Kongresses ihre Namen nicht angeben wollten.

Von den Theilnehmern des Kongresses sind besonders hervorzuheben: Aymar des Vertrands von Marseille (34 Fachvereine), Bouth, Vermand, Zentraud *) (87 Gruppen und Fachvereine), Grouse, mehrere Vereine von Ostfrankreich, Carrette, sozialistischer Arbeiter-Verband des Nordens (33 Gruppen und Fachvereine), Dormay, verschiedene Vereine und Gruppen im Alier-Departement, Guesde, sozialistischer Verband des Nordens (Noubaire), Bürgerin Gillier, eine Reihe von Fachvereinen, Studientheilen von Roanne, Saint-Etienne etc., Malon, verschiedene Vereine von Lyon, Soiron, Crezot, Angoulême etc., sowie Joffrin, Joffelin, Fabusquiere, Pierson und J. B. Clement.

Zur Vorbereitung der Arbeiten des Kongresses etc. wurden 4 Kommissionen eingesetzt, die Zusammensetzung derselben der freiwilligen Anmeldung überlassen, soweit diese Anmeldungen nicht die Zahl von 10 überschritten.

Die erste öffentliche Sitzung des Kongresses fand am 31. Oktober Abends statt und war von über 600 Personen besucht. Zu Anfang derselben erstattete Bürger Joffrin Bericht über den Weltkongreß.

Im weiteren Verlaufe des Kongresses wurde ein nationales Parteikomitee eingesetzt, sowie der in Paris erscheinende „Proletaire“ als offizielles Parteijournal anerkannt.

— Die Pariser Arbeiter versuchten jetzt, den Paragraphen 116 des Strafgesetzbuches gegen ihre Arbeiter anzuspitzen, der alle Diebstahlgewaltigen mit Geld- und Gefängnißstrafe bedroht, welche nach gemeinsamer Verabredung durch Festsetzung von Strafen, Ausföngungen, Verheimlichungen etc. die „Freiheit der Arbeit“ verlegt haben. Auf Grund dieses Paragraphen, der natürlich nie gegen die Arbeitgeber zur Anwendung kommen würde, hat ein Piano-forte-fabrikant — der Name dieses sauberen Patrons wird leider nicht genannt — 5 Arbeiter, die friedlich zu ihm kamen, um über die Lohnfrage mit ihm zu verhandeln, verhaftet und in Anklagezustand versetzt lassen. Natürlich sind die republikanischen Behörden diesem Wunsch mit warmer Genereifer nachgekommen. „Wir sind neugierig“, schreibt die „Justice“, „zu sehen, ob die Arbeitgeber allein das Recht haben, sich zu verbinden, sich zu verabreden, eine Koalition zu bilden, und ob es dem Arbeiter unterjagt werden wird, dies zu thun!“

Was uns betrifft, so sind wir gar nicht neugierig, denn wir auch im vorliegenden Falle die Entscheidung ausfallen möge, so sind wir doch überzeugt, daß die Herren sich auf jeden Fall eine Hintertür auflassen werden, um im passenden Momente den Arbeitern ein Bein stellen zu können.

— Aus Belgien. Genosse Bertrand, der jahrelang mit der größten Aufopferung in seinen Feindesland die „Voix de l'ouvrier“ redigirte und expedirte, ersucht in einem Zirkular um Unterstützung zur Herausgabe einer Monatsrevue „l'Avant social“ (die soziale Zukunft), sei es durch Zuschüsse oder durch Abonnements. Die Revue, welche nicht eher erscheint, als bis ihre materielle Existenz wenigstens auf ein Jahr gesichert ist, kostet für das Ausland halbjährlich 3 Franken. Die Zuschüsse werden durch den Vorstand, die Revue an solche Leser zu schicken, die nicht in der Lage sind, das Abonnement zu bezahlen.

Wir unterstützen dieses Gesuch aus's Wärmste und bemerken noch, daß Genosse Bertrand, 14 Rue du Sagomètre, Bruxelles zu senden sind. Auch die Expedition des „Sozialdemokrat“ wird die Vermittlung gern übernehmen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch den Anarchisten antworten, die jüngst ihrem höchsten Enzelen darüber Ausdruck gaben, daß auf dem Kongreß in Uhr einige Delegirte den Schaden konstatirten, den die Anarchisten, obwohl nur gering an Zahl, in der sozialistischen Bewegung der betr. Länder anrichteten. Das müßten doch ganz besonders tüchtige Kerle sein, die das zuwege brächten, hieß es. Nun, in Belgien sieht man es, was diese tüchtigen Kerle anrichten können! So lange die „Voix de l'ouvrier“ bestand, haben sie unangeseht gegen dieselbe gehet, und Genossen Bertrand, obwohl derselbe ihre Angriffe mit einer wahren Lammergeißel ertrug, auf's Insaftne beschimpft. Wo die Arbeiterpartei nur agitirte, suchten sie sofort Mistrauen und Zwist zu säen. Alle Augenblicke gründeten sie Gegenblätter, die sie zwar nie längere Zeit am Leben erhalten konnten, die aber gerade hinreichten, um den Sozialismus bei der großen Masse in Mißkredit zu bringen. Auf diese Weise haben sie es denn glücklich dahin gebracht, daß zur Zeit in dem französisch sprechenden Theil Belgiens weder ein sozialistisches noch ein anarchisches Blatt erscheint, und wenn sie auf diesen „Erfolg“ stolz sind — wir beneiden sie nicht darum.

Ähnlich wie in Belgien machen sie es überall, glücklicherweise nicht immer mit dem gleichen Resultat. Ueberall sind sie zu wenig, etwas Ordentliches auszurichten, hier und da aber leider genug, um zu verhindern, daß etwas Ordentliches geschieht. Bertheunder haben gegenüber politisch Verfolgten immer leichtes Spiel.

In Irland wird die Stimmung immer drohender und erbitterter. Der „Demokrat“ Gladstone thut sein Möglichstes, um die Irländer zu einer Unvorsichtigkeit zu provoziren, aber diese scheinen nicht Lust zu haben, ihm den Gefallen zu erwiesen und ihn in den Stand setzen, das jämmerliche Fiasko seiner irischen Politik mit blutigen Vorbeeren zu bedecken. Sie setzen den passiven Widerstand fort, in welchem sie Reicher und unbesiegbar sind.

In Stelle der Landliga der Männer ist jetzt eine Liga der Frauen getreten, deren Mänes Vorgehen von deutschen Weibern natürlich in der gewohnten idyllischen Manier bewirkt wird. Londoner Mitglieder derselben haben u. A. den Beschluß gefaßt, einen Verein zur Unterstützung politischer Gemahngeregter und Verfolgter zu gründen. Unter den Rednerinnen für diesen Antrag zeichnete sich besonders Miss Helene Taylor aus, die auch zur Präsidentin gewählt wurde. Derselbe ist eine Stieftochter des bekannten Schriftstellers John Stuart Mill; sie interessirt sich lebhaft für die deutsche Sozialdemokratie und hat erst jüngst 40 Mark unserm Unterstützungsfond zugehen lassen.

— Aus Russland. Die Zeitgeit der russischen Hentzer ist so groß, daß sie es nicht einmal mehr wagen, ihre Opfer öffentlich zu rechen. In russische „Verbrecher“ wurden unlängst ganz geheime abgeurtheilt, so daß man bis heute noch nicht weiß, welches ihr Schicksal ist! Die russischen Hentzer sind also bereits unter das Niveau der spanischen Inquisition gesunken, welche wenigstens den Muth hatte, offen für ihre Thaten einzustehen.

Wäre die russische Gesellschaft wirklich so voll Abscheu gegen die „Königsmörder“, wie die Korrespondenten fremder Blätter uns gerne glauben lassen möchten, so würde man die „abschreckenden Beispiele“ nicht so sorgfältig vor ihr verbergen.

Welches Abschreckungsmittel bleibt dem russischen Despotismus jetzt noch übrig? Keines. Er ist am Ende mit seinem Kain. Unsere russischen Brüder dagegen sind voll Zuredert auf der Arbeit und die Journale haben von ihnen mehr zu berichten, als je.

Als einer der Beweise ihrer Thätigkeit ist uns die neueste Nummer des „Cerus“ zugegangen. Wir kommen auf dieselbe in unserer nächsten Nummer zurück.

— Die Mitglieder der polnischen sozialistischen Gruppe „Korowosc“ und die Redaktion des „Przedswit“ haben einen Aufruf an die russischen

*) Das Seinedepartement, d. h. Paris und Umgebung.

